



Bürgerhaushalte leben von der Beteiligung. Bürgerpartizipation in Treptow-Köpenick und Cajamarca

Verfasst von Laura Brachmann und Nuria Hoyer Sepúlveda *

April 2015

*Das Projekt wurde durch die Unterstützung von ASA, der AG-Städtepartnerschaft Treptow-Köpenick-Cajamarca und der Sozialraumorientierten Planungskoordination Treptow-Köpenick realisiert. Entstanden in Zusammenarbeit mit Jessica Valderrama und Nancy Villanueva.



Inhaltsverzeichnis

1	Bürgerhaushalt in Treptow-Köpenick	4
1.1	Beispiel: Durchführung des Bürgerhaushalts 2007	5
1.2	Einführung der Kiezkassen	5
1.2.1	Akteure	6
1.3	Durchführung der Kiezkasse	7
1.3.1	Öffentlichkeitsarbeit	8
1.3.2	Versammlung, Priorisierung, Umsetzung	9
1.3.3	Beispiel	10
1.4	Soziale Resonanz der Kiezkasse und Kritik	11
1.4.1	Akteure	11
1.4.2	Finanzen	11
1.4.3	Raum	11
1.4.4	Projekte	12
1.4.5	Motivation	12
2	Bürgerhaushalt in Cajamarca	13
2.1	Hintergrund	13
2.2	Akteure	13
2.3	Durchführung	15
2.4	Herausforderungen und Potenziale in der Umsetzung	16

„Bürgerhaushalte leben von der Beteiligung“ ist ein forschungsorientiertes Projekt, das im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen Treptow-Köpenick (T.-K.) und Cajamarca im Jahr 2014 realisiert wurde. Gefördert wurde das Praktikum durch das ASA-Programm, ein Lern- und Weiterbildungsprogramm im entwicklungspolitischen Bereich, das die Projektphasen auch inhaltlich begleitete. In der vorliegenden Publikation ist vor allem der erste Teil des Praktikums in Treptow-Köpenick zusammengefasst. Der Bericht über den Bürgerhaushalt in Cajamarca fällt aufgrund von Unvorhersehbarkeiten in der Durchführung des Projekts leider kürzer und inhaltlich reduzierter aus als dies ursprünglich gedacht war. Weitergehende Ergebnisse des Aufenthalts in Cajamarca wurden in einer Abschlusspräsentation am 14. Januar 2015 im Rathaus Köpenick vorgestellt. Nach einer kurzen Einleitung in das Thema Bürgerhaushalt in Treptow-Köpenick wird die Einführung der Kiezkassen, einem innovativen Partizipationsprogramm des Bezirksamts, skizziert und danach näher auf ihre Durchführung eingegangen. Weiterhin wird die soziale Resonanz des Programms diskutiert. Daraufhin gehen wir skizzenhaft auf die Geschichte, Akteure und Durchführung des Bürgerhaushalts in Cajamarca ein.

1 Bürgerhaushalt in Treptow-Köpenick

Der Bürgerhaushalt ist eine Methode der städtischen bzw. kommunalen Politik und Verwaltung zur Förderung der Mitentscheidung der Bürger_innen an der Verwendung öffentlicher Gelder. Er wird in Deutschland in Bezirken und Städten vermehrt umgesetzt, um die Bürger_innen in politische Entscheidungen zu involvieren. In diesem Zuge haben sich viele Formen des Bürgerhaushalts herauskristallisiert, in denen sich die Komplexität des Beteiligungsverfahrens unterscheidet und teilweise die alleinige Information über die Haushaltslage schon ausreicht um offiziell von einem Bürgerhaushalt zu sprechen. Um den Bürgerhaushalt genauer zu definieren, haben Politik- und Sozialwissenschaftler_innen folgende Kategorien aufgestellt:

Merkmale zur Kategorisierung eines Bürgerhaushaltes. Quelle: Herzberg et. al., 2006

1. Im Zentrum des Bürgerhaushalts stehen finanzielle Angelegenheiten, es geht um begrenzte Ressourcen.
 2. Die Beteiligung findet auf der Ebene der Gesamtstadt oder auf der eines Bezirks mit eigenen politischen und administrativen Kompetenzen statt. Ein Stadtteilfonds allein, ohne Partizipation auf der gesamtstädtischen bzw. bezirklichen Ebene, ist kein Bürgerhaushalt.
 3. Es handelt sich um ein auf Dauer angelegtes und wiederholtes Verfahren. Ein einmaliges Referendum zu haushaltspolitischen Fragen ist kein Bürgerhaushalt.
 4. Der Prozess beruht auf einem eigenständigen Diskussionsprozess
- ...
- . Die Miteinbeziehung von Bürger_innen in bestehende Verwaltungsgremien und Institutionen der repräsentativen Demokratie stellt keinen Bürgerhaushalt dar.
 5. Die Organisatoren müssen Rechenschaft in Bezug darauf ablegen, inwieweit die im Verfahren geäußerten Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt werden.

2003 wurde in Treptow-Köpenick der Bürgerhaushalt initiiert. In diesem Jahr wurde durch die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) folgender Beschluss gefasst: „Das Bezirksamt wird ersucht, den Bezirkshaushalt 2004/2005 in anschaulicher Form für die Öffentlichkeit aufzubereiten“ (siehe BVV-Beschluss 375/22/03). Dies kann als Wegbereitung für die Etablierung eines Bürgerhaushalts in Treptow-Köpenick gedeutet werden. Der damalige Bezirksbürgermeister Dr. Klaus Ulbricht sprach in diesem Kontext über einen „Einstieg in eine strukturierte Bürgerbeteiligung“ (Verordnung 1222 Bürgerhaushalt, 28.04.2005).

Die BVV verfolgte in den darauffolgenden Doppelhaushaltsjahren das Ziel das Verfahren zu erweitern und ein verhältnismäßig umfangreiches Beteiligungsverfahren zu realisieren, des-

sen praktische Umsetzung jedoch von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr deutlich variiert. 2007 stellt, unserer Einschätzung nach, einen Höhepunkt im Sinne der Komplexität des Beteiligungsverfahrens für den Bürgerhaushalt in Treptow-Köpenick dar.

1.1 Beispiel: Durchführung des Bürgerhaushalts 2007

Die Durchführung des Bürgerhaushalts 2007 wurde in fünf Prognoseräumen des Bezirks vorgenommen. Prognoseräume sind Bestandteil der Sozialraumsystematik, die von der Senatsverwaltung hinsichtlich der Lebens- und Orientierungsräume festgelegt wurde. In dieser wurde Treptow-Köpenick in 5 Prognoseräume, 20 Bezirksregionen und Planungsräume aufgeteilt¹.

In diesem Jahr bereitete die BVV – wie schon im Jahr 2003 – eine „lesbare“ Form des Haushaltsplans in der Monatszeitung „Rathausjournal“ für die Bürgerschaft auf. Darüber hinaus wurde eine Informations- und Diskussionsveranstaltung für die interessierte Öffentlichkeit organisiert. Eingeladen wurden nach einem Zufallsprinzip insgesamt 2500 wahlberechtigte Bürger_innen (jeweils 500 aus den 5 Prognoseräumen) sowie Teilnehmer_innen des Bürgerhaushalts 2005. Den Eingeladenen wurde vorher zur Vorbereitung auf die Veranstaltung Informationsmaterial zur Haushaltslage und Informationen zu den Sozialräumen per Post zugeschickt. Insgesamt nahmen 86 Personen von ca. 2500 Eingeladenen teil. Die Rechenschaft über den Umgang mit den Projektvorschlägen wurde dann in den fünf Prognoseräumen durch weitere Versammlungen von Seiten des Bezirksamts gegeben². Die Teilnehmer_innenanzahl konnte jedoch auch 2007 nicht auffallend erhöht werden: Weitere Bürgerhaushalte in Treptow-Köpenick fanden in ihrem Verfahren vom Umfang her sehr viel reduzierter statt. Es stellt sich somit die Frage was benötigt wird, um Bürger_innen ausreichend zu aktivieren, damit ein erfolgreicher Bürgerhaushalt verwirklicht werden kann. Zur Annäherung an diese Frage haben wir uns näher mit einem Beteiligungsverfahren in Treptow-Köpenick beschäftigt.

1.2 Einführung der Kiezkassen

Die Einführung des Programms der Kiezkassen in Treptow-Köpenick kann als direkte Folge der Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt der vorhergegangenen Jahre angesehen werden. Nachdem in diesen Jahren die Beteiligung an den Aktivitäten des Bürgerhaushalts vergleichsweise niedrig gewesen war, entschied man sich 2012 für die Einführung eines neuen Programms mit dem Namen Kiezkasse. Mit dem Beschluss Nr. 0115/10/12 der BVV wurde festgelegt, dass Mittel aus dem Bezirkshaushalt von Treptow-Köpenick bereitgestellt werden, an deren

¹siehe Abbildung 1

²vgl. Pressemitteilung des Bezirksamts T.-K., 13.04.2007; Bericht Hoffmann



Abbildung 1: Prognoseräume, Bezirksregionen und Planungsräume im Bezirk Treptow-Köpenick. Quelle: Vermessungsamt Bezirksamt Treptow-Köpenick 2008

Einsatz die Bürger_innen unmittelbar und zeitnah beteiligt werden sollen. 2013 wurde das Programm der Kiezkasse das erste Mal durchgeführt.

Die den Kiezkassen zur Verfügung stehende Gesamtsumme wird in Teilbeträgen auf die einzelnen Stadtteile verteilt, die unabhängig über ihre Verwendung abstimmen können. Die Idee dahinter besteht darin, Menschen zu mehr Mitbestimmung zu motivieren, indem sie über einen Betrag abstimmen können, der direkten Einfluss auf ihr unmittelbares Wohnumfeld hat und sie somit stärker selbst betrifft. Für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 wurde jeweils die Summe 50000 € festgesetzt, über die im Rahmen der Kiezkassen verfügt werden kann. Die genaue Summe wird jedes Jahr von der BVV neu beschlossen.

Der Bezirk Treptow-Köpenick ist aktuell in 20 Bezirksregionen aufgeteilt. Die Gesamtsumme von 50.000 € wird gemäß der Einwohnerzahl auf diese einzelnen Stadtteile aufgeschlüsselt verteilt. Im Jahr 2014 ergab das für die unterschiedlichen Bezirksregionen eine Summe zwischen 1400 € (Mindestbetrag) und 5200 €. Bei einer Einwohnerzahl von 240.000 im Bezirk ergibt das ungefähr 0,20 € pro Person.

1.2.1 Akteure

Die Bürger_innen der jeweiligen Kieze sind alle stimmberechtigt und in diesem Programm die wichtigsten Akteure. Sie müssen sich, um auf einer Versammlung teilzunehmen, in der Regel nicht ausweisen, sollten jedoch in der jeweiligen Bezirksregion registriert sein. Formali-

täten und Grundstruktur geben die Verordneten und Kiezpat_innen vor, Inhalte und weitere Aufgabenbereiche werden mit den anwesenden Teilnehmer_innen abgestimmt.

Folgende Akteure des Bezirkes nehmen am Prozess der Kiezkassen teil (ohne Stimmrecht):

Kiezpat_innen Kiezpat_innen sind Verordnete des Bezirks aus unterschiedlichen Fraktionen, die genauso wie ihre Stellvertreter_innen von der BVV bestimmt werden und häufig einen persönlichen Bezug zum Kiez besitzen. Sie haben in den Kiezkassenveranstaltungen im Regelfall eine moderierende Rolle – beraten und unterstützen den Kiezkassenprozess insgesamt.

Serviceeinheit Personal und Finanzen Die Serviceeinheit hat im Bezirksamt allgemein die folgenden Aufgaben: Personalverwaltungsservice, Haushalts- und Stellenplanung und –wirtschaft und Kassenwesen. Im Rahmen der Kiezkassen übernimmt jeweils ein_e Repräsentant_in die Überprüfung der Umsetzbarkeit und die Kalkulation der Preise der vorgeschlagenen Projekte.

Sozialräumliche Planungskoordination (SPK) Ein dritter Akteur des Bezirks ist die SPK, die im Zuge des Programms „Soziale Stadt“ im Jahr 2012 vom Bezirksamt Treptow-Köpenick eingerichtet wurde. Ihre Arbeit besteht in der Analyse der Sozialräume Treptow-Köpenicks, der Vernetzung von lokalen Akteuren durch den Aufbau dynamischer Informationsflüsse und der Unterstützung von sozial-politischem Engagement im Bezirk. Das Team der SPK begleitet und unterstützt insbesondere die Kiezkasse durch z.B. Schulungen der Kiezpat_innen, Checklisten, Pressemitteilungen, Protokoll, persönliche Ansprache von Bewohner_innen und lokalen Akteuren. Sie trägt ihre Expertise zum Stadtteil bei und dient als Vernetzungs- und Schnittstelle zwischen der Verwaltung, den Bürger_innen und Organisationen der Zivilgesellschaft. Vier Koordinator_innen der SPK sind verantwortlich für fünf Prognoseraum, wobei jede_r Koordinator_in einen eigenen Prognoseraum betreut und die Arbeit im Prognoseraum 2 (siehe Abbildung 1) aufgeteilt wurde.

1.3 Durchführung der Kiezkasse

Das Geld der Kiezkasse kann nur im selben Haushaltsjahr ausgegeben werden für das es beschlossen wurde und es sollten keine Folgekosten aus dem Projekt heraus für die kommenden Jahre entstehen.

Grundsätzlich ist der Fonds der Kiezkasse für jede Verwendung möglich, für die innerhalb des Rahmens der Landeshaushaltsordnung die Bezirke von Berlin Investitionen tätigen können. Das bedeutet auch, dass Projekte mit ideologischem Inhalt, die nicht mit dem Grundgesetz übereinstimmen, an dem Prozess nicht teilnehmen dürfen. Ausgeschlossen von der Veranstaltung sind dezidiert Personen, die Organisationen der extremen Rechten angehören, der

Szene der extremen Rechten zuzuordnen sind, oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind.

Da das Programm noch verhältnismäßig neu ist, gibt es noch keine bindenden Vorschriften, wann welche Phasen der Kiezkassen stattfinden müssen. Bisher konnte jedoch die Tendenz festgestellt werden, dass im Frühjahr eines Haushaltsjahres, circa Januar bis Juni, die Kiezpat_innen über die Verfahrensweise der Kiezkassen informieren und zu den Versammlungen einberufen. Die Kiezkassenveranstaltungen finden in der Regel von Januar bis September statt, der genaue Zeitpunkt wird von den Kiezpat_innen der jeweiligen Bezirksregionen festgelegt. Die Kiezpat_innen können unter der Mitwirkung der Teilnehmer_innen weitestgehend autonom entscheiden, wie sie mit der Organisation der Kiezkassenveranstaltungen im jeweiligen Haushaltsjahr umgehen. Es bleiben jedoch folgende Phasen unerlässlich: Öffentlichkeitsarbeit, Versammlung, Priorisierung der Projekte und Umsetzung.

1.3.1 Öffentlichkeitsarbeit

Die Bekanntmachung und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema und zu den Veranstaltungen der Kiezkassen ist vom Einsatz der jeweiligen Kiezpat_in abhängig. Er oder sie bestimmt, mit welchen Mitteln die Menschen zu den Kiezkassenveranstaltungen zusammengerufen werden. Da bisher noch kein eigenes Budget für die Öffentlichkeitsarbeit existiert, müssen die Werbemittel zur Verbreitung von Informationen von den Kiezpat_innen aus ihrem Budget als Bezirksverordnet_in bestritten werden.

Bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit gibt es keine bindenden und einheitlichen Vorgaben, daher liegt es zumeist am eigenen Verantwortungsgefühl und den zeitlichen Kapazitäten der Kiezpat_innen mit welchen Mitteln und in welchem Umfang Öffentlichkeitsarbeit betrieben wird. Es hängt somit von dem persönlichen Einsatz der jeweiligen Kiezpat_innen ab, ob und wie kontinuierlich Kontakt mit Akteuren und Schlüsselfiguren der jeweiligen Bezirksregionen gehalten wird oder ob nur „Basisaufgaben“, wie eine einmalige Ankündigung der Veranstaltungen, erfüllt werden. Kritisiert wird, dass generell die Kommunikation zwischen den Akteuren bisher noch nicht ausreichend ist.

Eine gängige Methode ist Termine und Informationen zum Verfahren auf den Internetseiten des Bezirksamts und der Verordneten zu veröffentlichen und über Kanäle von Vereinen und Institutionen der zivilgesellschaftlichen Beteiligung zu verbreiten. Darüber hinaus nutzen die Kiezpat_innen ihre direkten Kontakte als Regionalpolitiker_innen zur Bevölkerung und verteilen Nachrichten in der Zivilgesellschaft über Mund-zu-Mund-Propaganda und „Klinkenputzen“. Gleichzeitig werden Medien wie Flyer, Presse und Radio, sowie soziale Netzwerke im Internet genutzt. Ebenso wird über Ankündigungen auf Mitteilungstafeln der Ortsvereine und weiteren öffentlichen Räumen (Bibliotheken, etc.) der Stadtteile auf die Kiezkasse aufmerksam gemacht.

Unterstützt werden die Kiezpat_innen in der Öffentlichkeitsarbeit durch die Regionalkoordinator_innen der SPK, die ihre Beziehungen zur Bevölkerung nutzen um in Vereinen und bürgerschaftlichen Organisationen für die Kiezkassenveranstaltungen zu werben. Die teilweise sehr unterschiedliche Intensität der Öffentlichkeitsarbeit sorgt dafür, dass in vielen Kiezen der Radius der Informationsverbreitung bisher beschränkt bleibt und die bei den Veranstaltungen anzutreffenden Teilnehmer_innen sich untereinander häufig bereits aus anderen Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements bekannt sind, z.B. durch Vereinsarbeit, ehrenamtliche Organisationen, Vernetzungstreffen, etc.. Neue interessierte Bürger_innen sind nur vereinzelt anzutreffen.

1.3.2 Versammlung, Priorisierung, Umsetzung

In der Regel finden eine, ansonsten zwei bis drei Versammlungen, statt. Generell gibt es keine verpflichtenden Vorschriften wie viele Bürgerversammlungen stattfinden sollen. Es kann dementsprechend auch auf eine beschränkt sein, wenn schnell Einigung gefunden wird, weil zum Beispiel wenige Vorschläge vorhanden sind, die alle umsetzbar sind. Es können aber auch eine oder mehrere weitere Versammlungen zusätzlich einberufen werden, wenn die Bürgerversammlung dies für nötig hält.

In der ersten Veranstaltung werden Projektvorschläge eingereicht und diskutiert, Kostenvoranschläge präsentiert und den entsprechenden Vorschlagenden die Möglichkeit gegeben, ihre Projekte zu verteidigen. In der selben oder einer weiteren Kiezkassenversammlung wird in einem Abstimmungsverfahren, das vorher von derselben Bürgerversammlung oder dem/der Kiezpat_in beschlossen wurde, entschieden, welche Projekte umgesetzt werden sollen.

Die Einreichung der Vorschläge findet auf unterschiedliche Weise statt: während in einigen Kiezen die Vorschläge im Vorfeld der Versammlungen an den/die moderierenden Kiezpat_in geschickt werden, gibt es weitere Verfahren, in denen Projektvorschläge online eingereicht und diskutiert werden können. In anderen Kiezen sind selbst spontan eingereichte Vorschläge während der Kiezkassenveranstaltung noch möglich. Für jedes Projekt, das vorgeschlagen wird, muss begründet werden, inwiefern es die Voraussetzungen erfüllt und dem Gemeinwohl des Stadtteils zugute kommt. Die Projektvorschläge müssen von den antragstellenden Bürger_innen bereits mit Kostenvoranschlag vorgelegt werden, in einigen Stadtteilen müssen sogar – wobei dies Auslegung der Kiezpat_innen bleibt – mindestens drei verschiedene Angebote eingeholt und mitvorgestellt werden. Die Abstimmung über die Entscheidung für oder gegen einen Projektvorschlag muss in einem demokratischen Verfahren durchgeführt werden. Das heißt, es wird entweder versucht im Konsens eine Entscheidung zu treffen, mit der alle der anwesenden Bürger_innen zufrieden sind, oder es wird mit Hilfe von Handzeichen oder Abstimmungszettel eine Entscheidung durch Auszählen von Stimmen getroffen (Mehrheitsabstimmung). Grundsätzlich können Entscheidungen über die Verwendung der Gelder und Umsetzung von Projekten ausschließlich auf den Bürgerversammlungen getroffen werden.

Stimmberechtigt sind alle Bürger_innen, die im Einwohnermeldeamt für diesen Stadtteil registriert sind. Für jedes beschlossene Projekt wird ein_e Verantwortliche_r festgelegt, der dem Bezirksamt und der entsprechenden umsetzenden Fachabteilung als Ansprechpartner_in dient. Das ist in der Regel die Person, die das Projekt vorgeschlagen hat. Das jeweils zuständige Fachamt innerhalb der Bezirksverwaltung erstellt den Auftrag und die Abrechnung der Umsetzung des Projekts, während die Serviceeinheit Personal und Finanzen die entsprechenden Finanzen aus dem Kiezkassenfonds zur Verfügung stellt. Sobald dieser Prozess abgeschlossen ist, sollte die Umsetzung im selben Jahr stattfinden.

Eine Auswahl umgesetzter Projekte im Jahr 2013:

- Schränke SG Treptow
- Hinweisschilder historische Bezüge
- 4 Marktschirme + Ständer
- Putzutensilien Reinigung Stolpersteine
- Waldsäuberung/Getränke Spiele
- Kiezfest
- 2 Bänke Ortsverein

1.3.3 Beispiel

In der Bezirksregion Altglienicke wurde die zweite und letzte Bürgerversammlung im Haushaltsjahr 2014 vergleichsweise ausführlich geführt, die Projektvorschläge wurden im Versammlungsraum des Kiezklubs grafisch dargestellt und präsentiert. Die Diskussion wurde außerdem für den besseren Überblick durch eine Powerpoint-Präsentation begleitet. Im Gegensatz dazu wurden auf der einzigen Veranstaltung im lokalem Kiezklub in Niederschöneweide die Projektvorschläge ohne weitere visuelle Aufbereitung in einem relativ kurzen Prozess diskutiert und entschieden. Dies macht nochmals exemplarisch deutlich, dass die Versammlungsdurchführung und Entscheidungsfindung je nach Kiez anders ausfällt. Für die Verordneten, beutet die Arbeit als Kiezpat_in ein zusätzliches Betätigungsfeld. Nicht alle Kiezpat_innen bewerten das Programm der Kiezkasse gleichermaßen als relevant. Solange die Zivilgesellschaft nicht eigenständig agieren kann, steht und fällt das Programm letztendlich mit dem Engagement der Kiezpat_in.

1.4 Soziale Resonanz der Kiezkasse und Kritik

1.4.1 Akteure

Es konnte festgestellt werden, dass die Teilnahme an den Kiezkassenveranstaltungen insbesondere von Akteuren bestimmt wird, die sich ohnehin schon zivilgesellschaftlich organisieren. Aktive Akteure können einfacherer aufgerufen werden sich zu beteiligen. Sie verfügen meistens über eine Kontaktadresse und sind aufgrund ihres schon bestehenden formellen Engagements schneller zu motivieren. Die Vernetzung zwischen den Vereinen/Organisationen etc. ist oft schon existent oder kann besser hergestellt werden als bei Einzelpersonen. Zurzeit bemüht sich vor allem die SPK gezielter Einzelpersonen zu aktivieren. Die Teilnahme besteht vor allem aus Personen, die dem mittlerem (30-49) und älterem Alter (50-59) angehören oder die schon pensioniert sind. Altersgruppen wie Jugendliche scheinen kaum durch die Kiezkassen erreicht zu werden, außer ein bestimmter Verein wie bspw. die Jugendfeuerwehr, mobilisiert gezielt ihre jungen Mitglieder. Von einigen Kiezpat_innen wird daher geraten, mehr an Schulen und in Jugendeinrichtungen zu werben.

1.4.2 Finanzen

Das Interesse an der Teilnahme der Kiezkassen ist durch das festgelegte Budget begrenzt, dass heißt es können nur Projekte eingereicht werden, die den Höchstbetrag nicht übersteigen. Da jedoch in einem Haushaltsjahr nicht nur ein Projekt umgesetzt werden soll, sondern meistens mehrere Projekte die Chance erhalten sollen realisiert zu werden, liegt der Betrag für ein Projekt meist noch niedriger als der für den Kiez zur Verfügung stehende Gesamtbetrag. Eine Erhöhung der Beträge könnte dazu führen, den Umfang der realisierbaren Projekte zu vergrößern und damit auch mehr Menschen anzusprechen sich zu beteiligen.

1.4.3 Raum

Darüber hinaus scheint die räumliche Distanz des Wohnorts zu den Veranstaltungsorten der Kiezkassentreffen eine nicht zu unterschätzende Rolle zu spielen. Einige Bezirksregionen haben eine breite Flächenausdehnung, was dazu führt, dass sich einige Bürger_innen aus dem Nordteil der Bezirksregion nicht mehr dem Südteil identifizieren und umgekehrt. Dies führt wiederum dazu, dass sie sich von Kiezveranstaltungen, die nicht in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld statt finden, nicht angesprochen fühlen und an den Veranstaltung nicht teilnehmen. In anderen Fällen führten neue Grenzziehungen der Aufteilung in Bezirksregionen dazu, dass sich Bürger_innen stärker mit dem Nachbarstadtteil identifizieren als mit der Bezirksregion, der sie statistisch zugeordnet und in welcher sie gemeldet sind.

1.4.4 Projekte

Kritisiert wird von Seiten der Bürger_innen, dass in einigen Fällen keine ausreichende Transparenz bezüglich des Fortschritts der Umsetzung besteht, sobald ein Projekt beschlossen und bei dem entsprechenden Amt der Bezirksverwaltung eingereicht wurde. Teilweise verzögerte sich die Realisierung über mehrere Monate oder wurde gar nicht umgesetzt, weil im Nachhinein festgestellt wurde, dass bestimmte Formalien nicht erfüllt wurden, ohne dass die Antragsteller_innen und die Teilnehmenden der Kiezkassenveranstaltung darüber informiert wurden. Ebenso fehlt bisher ein Schwerpunkt in der nachträglichen Sichtbarmachung der umgesetzten Projekte, das heißt, dass diese im öffentlichen Raum als Werke der Kiezkassen gekennzeichnet und von den Bürger_innen als solche erkannt werden. Eine Intensivierung dieses Aspekts würde möglicherweise mehr öffentliche Wahrnehmung des Kiezkassen-Programms bedeuten und dementsprechend mehr Bürger_innen zur Teilnahme an den Kiezkassenveranstaltungen motivieren.

1.4.5 Motivation

Generell konnten jedoch durch die Kiezkassen mehr Bürger_innen als durch den Bürgerhaushalt erreicht werden, was vor allem daran liegt, dass die Projekte direkt beschlossen und zeitnah umgesetzt werden, und konkrete Auswirkungen auf das direkte Lebensumfeld haben. Außerdem ist der Organisationsaufwand vergleichsweise gering, wodurch es weniger Verständnisprobleme von Seiten der Bürgerschaft gibt und sie sich an Haushaltsthemen langsam herantasten können. Diese zeit- und lebensnahe Form der Mitbestimmung ist der meistgenannte Grund für die Teilnahme an den Kiezkassenveranstaltungen.

Die Resonanz bzw. die Annahme des Kiezkassenprogramms von Seiten der Kiezpat_innen ist gespalten. Zum Einen wird das Programm verteidigt, da die Höhe der Teilnehmer_innen, die schnelle und zeitnahe Umsetzung der Projekte, die Involvierung der Bürger_innen in Kiezangelegenheiten sowie die Interaktion der verschiedenen Akteure aus Zivilgesellschaft, Administration und Politik als positiv empfunden werden. Andere Stimmen sagen, dass der Aufwand im Gegensatz zum Output der Kiezkassen zu groß ist, die Höhe des Budgets zu gering und nur symbolisch und der – wenngleich gegenüber dem vorherigen Bürgerhaushalt reduzierte, jedoch weiterhin vorhandene – bürokratische Aufwand überdacht werden sollte. Bei der Bürgerschaft sind Desinteresse und Unkenntnis verhältnismäßig groß, es fehlt vor allem an Anreiz und Wissen über die Existenz der Kiezkassen von Seiten der Einzelbürger_innen. Dies hängt neben der fehlenden Öffentlichkeitsarbeit und Verbreitung der Kiezkassen von Seiten der Verwaltung nach Aussage einiger Kiezpat_innen auch mit der fehlenden Identifizierung der Bürger_innen mit ihrem Kiez zusammen. Das daraus resultierende Desinteresse gegenüber dem eigenen Sozialraum führt dazu, dass die Bewohner_innen keine Notwendigkeit sehen, an der Entwicklung und Verbesserung des Stadtteils mitzuwirken.

Die Bürger_innen, die tatsächlich an den Kiezkassen teilgenommen haben, geben jedoch an, größtenteils zufrieden mit den Veranstaltungen der Kiezkasse und deren Ergebnissen zu sein.

2 Bürgerhaushalt in Cajamarca

2.1 Hintergrund

Im Rahmen der Demokratisierungsprozesse in Peru wurde aufgrund der Dezentralisierungsvorhaben den regionalen, provinziellen und lokalen Regierungen mehr Kompetenzen und Zuständigkeiten zugesprochen. Im Zuge der dazugehörigen Formen für zivilgesellschaftliche Teilhabe wurde dann auch der Bürgerhaushalt mit gesetzlicher Verbindlichkeit im Jahr 2003 eingeführt.

Seit 2010 wird eine reformierte Version des Bürgerhaushalts, der sogenannte Wirkungsorientierte Bürgerhaushalt (Presupuesto Participativo basado en Resultados), landesweit durchgesetzt. Seit seinem Bestehen befindet sich der Bürgerhaushalt in Evaluation und Weiterentwicklung.

Die Provinzialregierung von Cajamarca definiert den Bürgerhaushalt wie folgt: Es handelt sich um einen Prozess, einen Raum des Übereinkommens, in welchem die politischen Vertreter_innen und die Repräsentanten_innen bürgerschaftlicher Organisationen und Institutionen zusammenkommen und gemeinsam Entscheidungen treffen. Dabei soll genau festgelegt und definiert werden, welche Resultate erreicht werden sollen, und was genau mit den öffentlichen Geldern der lokalen Regierung umgesetzt werden soll. Dabei müssen die vereinbarten Ziele berücksichtigt werden, damit eine Entwicklung des Stadtteils garantiert und möglich gemacht wird, so dass die Menschen unter verbesserten Bedingungen leben können³.

2.2 Akteure

Bürgermeister_in (Alcalde) Der Bürgermeister bestimmt im Grunde den offiziellen Rahmen der Durchführung des Bürgerhaushalts. Er beruft beispielsweise Versammlungen ein und bestimmt in Abstimmung mit dem Consejo de Coordinación Local (CCL) die zur Verfügung stehende Geldsumme für den Bürgerhaushalt. Er/Sie ist als wichtigste_r Repräsentant_in der Regierung verantwortlich für die Realisierung der priorisierten Projekte und der erfolgreichen Umsetzung des Bürgerhaushalts.

³vgl. Guía del Presupuesto Participativo Basado en Resultados 2010, S.11

Lokaler Koordinierungsrat (Consejo de Coordinación Local (CCL)) Der Koordinierungsrat besteht aus den lokalen Ratsmitgliedern, dem/der Bürgermeister_in und Vertreter_innen der Zivilgesellschaft. Er legt die Entwicklungsziele der Kommune fest, strukturiert den Prozess des Bürgerhaushalts und überprüft und begleitet ihn.

Gemeinderat (Consejo Municipal) Der Gemeinderat hat eine teilnehmende und unterstützende Funktion. Dieser muss der Haushaltsplanung zustimmen.

Expert_innenteam (Equipo Técnico) Das Expert_innenteam setzt sich aus Vertreter_innen des Bereichs Haushalt und Planung, Infrastruktur, Sozialentwicklung und weiteren Expert_innen aus Politik und Verwaltung zusammen und überprüft die technische, finanzielle Umsetzbarkeit der Projekte und die Informationsflüsse zwischen den teilnehmenden Akteuren.

Registrierte Teilnehmer_innen (Agentes Participantes) Registrierte Teilnehmer_innen sind zivilgesellschaftliche und staatliche Organisationen (zum Beispiel soziale Basisorganisationen, Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen, Vereine und Stadtteilorganisationen). Sie müssen offiziell als Organisationsmitglieder eingetragen sein, um sich stimmberechtigt am Bürgerhaushalt beteiligen zu können.

Einheit Haushaltsplanung (Oficina de Planeamiento y Presupuesto) Diese Einheit ist dafür verantwortlich, dass die priorisierten Projekte in der Haushaltsplanung berücksichtigt werden. Sie dokumentieren den Prozess des Bürgerhaushalts und müssen am Schluss einen umfangreichen Bericht an das Wirtschafts- und Finanzministerium einreichen.

Überprüfungs- und Kontrollkomitee (Comité de Vigilancia y Control) Besteht aus Vertreter_innen der Zivilgesellschaft, die die Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen überprüfen. Sie tragen ihre Ergebnisse der Überprüfung an den Koordinierungsrat weiter.

2.3 Durchführung

Das Bürgerbeteiligungsverfahren findet generell im Zeitraum von Januar und Juni statt. In Tabelle 1 wird der Prozess des Bürgerhaushalts skizziert.

Phase 1: Vorbereitung	Phase 2: Vereinbarungen	Phase 3: Koordination	Phase 4: Formalisierung
Kommunikation	Arbeit in Workshops	Absprachen zwischen politischen Instanzen (Regional-, Provinzial- und Bezirksregierung)	Koordination
Sensibilisierung	Formulierung der Vereinbarungen		Rechenschaft über Finanzen
Aufruf			
Identifizierung und Registrierung der Teilnehmer_innen (Agentes Participantes)			
Schulung der Teilnehmer_innen			

Tabelle 1: Prozess des Bürgerhaushalts

In der *Phase 1* wird auf das Beteiligungsverfahren vorbereitet. Die Vorbereitung besteht aus der Kommunikation, in der die Bevölkerung von der lokalen Regierung mit Unterstützung des Koordinierungsrats über den Prozess des Bürgerhaushalts informiert wird. Sensibilisierung bedeutet die Zivilgesellschaft entsprechend auf den Prozess der Teilhabe vorzubereiten, damit diese sich darin verantwortungsvoll engagiert. In dieser Phase findet der Aufruf mithilfe von unterschiedlichen Medien statt zur Mobilisierung einer breiten und repräsentativen Öffentlichkeit. Das Expert_innenteam wird in der Subphase der Identifikation und Registrierung gegründet und darüberhinaus die registrierten Teilnehmer_innen definiert. Die Hauptakteure (Expert_innenteam, CCL, Zivilgesellschaft) im Prozess werden durch Schulungen auf den Bürgerhaushalt vorbereitet.

In der *zweiten Phase* der Durchführung werden die Vereinbarungen innerhalb von Workshops getroffen. Die Identifizierung, Bestimmung und Priorisierung von Projekten sollten dementsprechend stattfinden, dass die Bevölkerungsgruppen davon profitieren, die es am nötigsten hat. Es werden je nach Sozialraum ein bis mehrere Workshops angeboten. Das Expert_innenteam sollte zuvor Sozialraumdiagnosen aktualisieren und eine Liste aus Projekten mit sozialem Impact erstellen. Im ersten Workshop findet dann die Identifikation und

Priorisierung der Resultate durch die stimmberechtigten Teilnehmer_innen statt. Danach definiert das Expert_innenteam die Vereinbarungen und der/die Bürgermeister_in stellt diese öffentlich vor und lässt sie von den registrierten Teilnehmer_innen nochmals bestätigen. In dieser Phase wird das Überprüfungs- und Kontrollkomitee bestehend aus der Zivilgesellschaft konstituiert.

In der *dritten Phase* sprechen sich die politischen Instanzen der Regional-, Provinzial- und Bezirksregierung gegenseitig ab. Die Bezirksbürgermeister werden zusammengerufen und eventuell gemeinsame Projekte und Finanzierungen miteinander diskutiert.

Die *vierte Phase* der Formalisierung besteht vor allem aus der Rechenschaft über den Umgang mit dem Geld und der Involvierung der priorisierten Projekte in die Haushaltsplanung.

2.4 Herausforderungen und Potenziale in der Umsetzung

Die Zusammenarbeit zwischen Kiez, Verwaltung und Politik stellt sich nicht als so intensiv heraus, wie theoretisch von Seiten der Regierung gedacht. Vor allem stellt der/die Stadtteilbürgermeister_in (Alcalde Vecinal) die Verbindung zwischen Barrio und Verwaltung her. Diese sind größtenteils überlastet und werden für ihre Arbeit nicht entlohnt (Ehrenamt). Oftmals fehlen ihnen auch räumliche und zeitliche Kapazitäten um Druck auf die Regierung für die Umsetzbarkeit der Projekte auszuüben.

Die Umsetzung des Bürgerhaushalts fand in dem von uns untersuchten Forschungszeitraum und –kontext (im Regierungszeitraum von Ramiro Bardales) relativ willkürlich statt, was Auswirkungen auf das mangelnde Vertrauen der Zivilgesellschaft auf Politik und Verwaltung hat. In vielen Fällen wurden die beschlossenen Projekte nicht realisiert. Als einer der Gründe dafür wurde bemängelt, dass die Kommunikation und Koordination in der Durchführung des Bürgerhaushalts nicht ausreichend ist um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten. Darüber hinaus wurde von Seiten der Zivilgesellschaft kritisiert, dass die zur Verfügung gestellte Geldsumme nicht ausreicht um die Kosten notwendiger Projekte im Stadtteil zu decken. Aufgrund ungenügender Öffentlichkeitsarbeit fehlt es an Kenntnissen innerhalb der Bevölkerung über den Bürgerhaushalt allgemein wie auch seines inhaltlichen Aufbaus und Ablaufs.

Der Bürgerhaushalt stellt eine Möglichkeit dar, Bedarfe der verschiedenen Stadtteile zu benennen und zu thematisieren. Innerhalb des Prozesses können Stadtteilorganisationen und –verbände und weitere lokale Akteure in direkten Austausch treten und sich miteinander vernetzen. Dabei können konkret Verbesserungsvorschläge diskutiert werden. Generell bedeutet der Bürgerhaushalt eine Methode, die den Austausch zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung fördern möchte und in der Praxis einen Ansatz dafür darstellt.

Abkürzungsverzeichnis

BVV Bezirksverordnetenversammlung

CCL Consejo de Coordinación Local

T.-K. Treptow-Köpenick

SPK Sozialräumliche Planungskoordination

Abbildungsverzeichnis

- 1 Prognoseräume, Bezirksregionen und Planungsräume im Bezirk Treptow-Köpenick.
Quelle: Vermessungsamt Bezirksamt Treptow-Köpenick 2008 6

Tabellenverzeichnis

- 1 Prozess des Bürgerhaushalts 15

Literatur

- [1] Carsten Herzberg, Anja Röcke, Yves Sintomer: Von Porto Alegre nach Europa. Möglichkeiten und Grenzen des Bürgerhaushalts. In: Kommunaler Bürgerhaushalt in Theorie und Praxis am Beispiel Potsdams. Potsdam 2006, S.192f.
- [2] Alle Beschlüsse befinden sich archiviert auf der Seite:
<http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/to035.asp?showall=true> (letzter Zugriff: 30. Oktober 2014)
- [3] Edwin Hoffmann: Bürgerhaushalt Treptow-Köpenick. Erfahrungen und Handlungsempfehlungen. Treptow-Köpenick 2010.
- [4] Bürgerbeteiligungshaushalt 2014/15: <http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/aktuelles/buergerbeteiligung/buergerhaushalt/> (letzter Zugriff: 30. Oktober 2014)

- [5] <http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/aktuelles/buergerbeteiligung/kiezkassen/>
- [6] Kiezkassen im Bezirk Treptow-Köpenick: <http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/aktuelles/buergerbeteiligung/kiezkassen/> (letzter Zugriff: 30. Oktober 2014)
- [7] Kiezkassen – Ein neues Instrument der Bürgerbeteiligung:
<http://www.gruene-treptow-koepenick.de/index.php?id=492> (letzter Zugriff: 30. Oktober 2014)
- [8] Guía del Presupuesto Participativo Basado en Resultados 2010:
http://www.mef.gob.pe/contenidos/presu_publico/presu_participativo/guia_prodes_presupuesto_participativo_VF_DIC2010.pdf (letzter Zugriff: 20. September 2014)
- [9] SKEW / Engagement Global (Hrsg.): Dialog Global. Heft 25: Bürgerhaushalte weltweit. Aktualisierte Studie. Bonn 2014.
- [10] Norbert Hölcker: Der Bürgerhaushalt in Peru. eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 12/2012 vom 6.07.2012. http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_hoelcker_120706.pdf (letzter Zugriff: 31. März 2015)
- [11] Nelson Shack: Qué, para qué y cómo en el presupuesto orientado a resultados. In: Gestión Pública y Desarrollo. Lima 2010.